



5. Sitzung

Mittwoch, 4. Mai 2011

Vorsitzende: Präsidentin Carola Veit, Vizepräsidentin Barbara Duden, Vizepräsidentin Dr. Eva Gümberl und Vizepräsidentin Kersten Artus

Inhalt:

Mitteilungen der Präsidentin	221	Unterrichtung durch die Präsidentin der Bürgerschaft:	
Ausscheiden eines Abgeordneten (Jan Ehlers SPD) Nachrücken einer Abgeordneten (Sylvia Wowretzko SPD)	221	Wahl von 15 Deputierten der Behörde für Wissenschaft und Forschung – Drs 20/260 –	221
		und	
Ergänzung und Änderung der Tagesordnung	221	Unterrichtung durch die Präsidentin der Bürgerschaft:	
Unterrichtung durch die Präsidentin der Bürgerschaft:		Wahl von 15 Deputierten der Kulturbehörde – Drs 20/261 –	221
Wahl von 15 Deputierten der Behörde für Justiz und Gleichstellung – Drs 20/258 –	221	und	
und		Unterrichtung durch die Präsidentin der Bürgerschaft:	
Unterrichtung durch die Präsidentin der Bürgerschaft:		Wahl von 15 Deputierten der Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration – Drs 20/262 –	221
Wahl von 15 Deputierten der Behörde für Schule und Berufsbildung – Drs 20/259 –	221	und	
und		Unterrichtung durch die Präsidentin der Bürgerschaft:	

Wahl von 15 Deputierten der Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz		Fraktion der GAL:	
– Drs 20/263 –	221		
und			
Unterrichtung durch die Präsidentin der Bürgerschaft:		Olaf Duge GAL	234
		Andy Grote SPD	235, 241
		Dr. Kurt Duwe FDP	237, 242
		Dr. Joachim Bischoff DIE LINKE	238, 243
		Jutta Blankau, Senatorin	238
		Jens Kerstan GAL	239
Wahl von 15 Deputierten der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt		Fraktion der FDP:	
– Drs 20/264 –	221		
und		Europa verwirklichen – Fachkräfte nach Hamburg holen!	
Unterrichtung durch die Präsidentin der Bürgerschaft:		(nicht behandelt wegen Redezeitablaufs)	
Wahl von 15 Deputierten der Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation		Fraktion DIE LINKE:	
– Drs 20/265 –	221		
und		Gehaltskürzungen im öffentlichen Dienst: staatlich organisierter Lohnraub	
Unterrichtung durch die Präsidentin der Bürgerschaft:		(nicht behandelt wegen Redezeitablaufs)	
Wahl von 15 Deputierten der Behörde für Inneres und Sport		Fraktion der SPD:	
– Drs 20/266 –	221		
und		Haushalt 2011/2012: Schwarzgrüner Entwurf belegt unseriöse Finanzpolitik	
Unterrichtung durch die Präsidentin der Bürgerschaft:		(nicht behandelt wegen Redezeitablaufs)	
Wahl von 15 Deputierten der Finanzbehörde		Unterrichtung durch die Präsidentin der Bürgerschaft:	
– Drs 20/267 –	221		
Ergebnisse	222	Wahl eines Mitglieds des Hamburgischen Verfassungsgerichts	
		– Drs 20/38 –	244
Aktuelle Stunde	222	Ergebnis	244
Fraktion der CDU:		Unterrichtung durch die Präsidentin der Bürgerschaft:	
Verschlampt der Schulsenator seine Hausaufgaben?		Wahl von zehn ehrenamtlichen Mitgliedern und deren Vertreterinnen oder Vertretern für die Kreditkommission	
Robert Heinemann CDU	222, 233	– Drs 20/44 –	244
Lars Holster SPD	223	und	
Dr. Stefanie von Berg GAL	224, 231	Unterrichtung durch die Präsidentin der Bürgerschaft:	
Anna-Elisabeth von Treuenfels FDP	225		
Dora Heyenn DIE LINKE	226, 232		
Ties Rabe, Senator	227		
Dr. Walter Scheuerl CDU	229		
Barbara Duden SPD	230		
Carl-Edgar Jarchow FDP	231		

(Dora Heyenn)

(Beifall bei der LINKEN)

Hinzu kommt, dass das Bildungspäckchen vorne und hinten nicht ausreicht; dazu haben wir schon einiges gehört. Was uns als Linke besonders besorgt, ist der Vorschlag, den außerunterrichtlichen Förderunterricht aus der schulischen Verantwortung auszugliedern. Freie Träger und Nachhilfeorganisationen sollen eingebunden werden. Das ist nichts anderes als eine weitere Privatisierung von Bildung, das lehnen wir ab.

(Beifall bei der LINKEN)

Präsidentin Carola Veit: Das Wort erhält Herr Heinemann.

Robert Heinemann CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Natürlich gönnen wir Herrn Rabe gerne die 100 Tage; es gibt da nur zwei Dinge.

Erstens ändert sich das Schuljahr durch einen Regierungswechsel nicht.

(Dirk Kienscherf SPD: Aber Sie haben es acht Monate liegen lassen!)

Das heißt, die Schulen können nicht einfach länger warten, nur weil es einen Regierungswechsel gibt. Ein Regierungswechsel, gerade im Schulressort, ähnelt immer eher einem Staffellauf, wo man sich sozusagen im Rennen gegenseitig das Staffelholz in die Hand drückt.

(Andy Grote SPD: Es muss auch einer das Staffelholz halten!)

So war das übrigens damals auch, als wir von der FDP das Schulressort übernehmen durften. Frau von Treuenfels, Herr Jarchow, wenn Sie einmal schauen, was uns damals Herr Lange hinterlassen hatte – aber wir wollen keine Vergangenheitsbewältigung betreiben –, dann wären Sie doch ein wenig ruhiger.

(Beifall bei der CDU)

Herr Senator, Sie müssen sich schon die Fragen stellen lassen, denn es waren nicht wir, die das Thema Vorschule plötzlich auf die Agenda gesetzt haben. Es waren nicht wir, die in der "Welt am Sonntag" groß erklärt haben, dass es künftig Nachhilfe für alle gebe, sondern das waren Sie. Und wenn Sie sagen, dass Sie aber noch gar wussten, wo die Finanzierung herkommen solle und das erst gestern klären konnten, dann mag das sein, aber das ist doch nicht unsere Schuld. Sie haben es angekündigt, Sie haben große Erwartungen geweckt und dann müssen Sie sich leider auch entsprechend fragen lassen, wie das denn organisiert und finanziert werden soll.

(Dirk Kienscherf SPD: Das haben Sie doch vorhin gar nicht angesprochen! Kleingeistig!)

Vielleicht klären Sie beim nächsten Mal erst die Finanzierung und das Konzept und stellen es dann vor. Dann sind wir auch ganz geruhsam mit unseren Fragen und warten entsprechend ab, bis Sie uns das Konzept vorstellen.

(Beifall bei der CDU – *Dirk Kienscherf SPD: Lächerlich!*)

Beim zweiten Thema stellen Sie es mit den Hausaufgaben doch sehr verquer dar. Selbstverständlich war es so, dass Senator Wersich nach der Wahl am 20. Februar natürlich nicht mehr eine Entscheidung mit der alten Mehrheit in der Deputation durchgesetzt hat. Das ist demokratisch absolut richtig und Gepflogenheit, nicht mehr nach einer Wahl mit alten Mehrheiten, die in irgendwelchen Gremien noch bestehen, irgendwelche Entscheidungen durchzusetzen.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Das haben Sie aber in anderen Deputationen anders gehandhabt! Beförderungen haben Sie da durchgedrückt! B 3! Passen Sie auf, was Sie hier erzählen!)

Von daher hat der Senator Ihnen klar gesagt, dass wir jede Veränderung übernehmen, die die SPD möchte, aber schnell gemeinsam zu einer Entscheidung kommen müssen. Sie waren nicht bereit, diese Entscheidung zu treffen. Die Sache ist schwierig, man kann auch nie allen gerecht werden, das ist völlig richtig, aber die Schulen brauchen jetzt die Entscheidung. Das Gleiche gilt beim SEPL. Auch ich hätte mich gefreut, das ist bekannt, wenn die Schulbehörde im Sommer 2010 einen Plan B gehabt hätte, da sind wir uns völlig einig. Aber die Schulbehörde hat sich dann auf den Weg gemacht und ein solches Verfahren, die Dinge entsprechend vorzubereiten, dauert, das wissen Sie. Es war eingetaktet, die Termine waren Ihnen bekannt, sie waren allen bekannt. Am 8. April sollte die Gremienbefassung beginnen, am 16. Juni sollte die Deputation beschließen. Das war entsprechend vorbereitet und aus irgendwelchen Gründen, die mir nicht bekannt sind, sitzen Sie jetzt darauf.

Zu glauben, man könnte irgendwelche Baumaßnahmen irgendwo starten, wenn man noch gar nicht weiß, an welchen Standorten es überhaupt welche Kapazitäten gibt und wo welche Bedarfe sind, funktioniert in aller Regel nicht. Es funktioniert meistens mit dem Ergebnis millionenteurer Fehlausgaben. Bringen Sie endlich Ihre Hausaufgaben zu Ende. Die Vorbereitungen waren da und Sie müssen nur das vorlegen, was von der CDU vorbereitet worden war. – Danke schön.

(Beifall bei der CDU – *Dr. Andreas Dressel SPD: Lachnummer!*)

Präsidentin Carola Veit: Wenn keine weiteren Wortmeldungen zum ersten Thema vorliegen,

(Präsidentin Carola Veit)

kommen wir zum zweiten Thema der Aktuellen Stunde, angemeldet von der GAL-Fraktion:



Das Wort wird gewünscht von Herrn Duge; Sie haben es.

Olaf Duge GAL: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Bürgermeister, Sie haben dem Wohnungsbau höchste Priorität zugesprochen. Sie haben im Wahlkampf, aber auch danach, 6000 Wohnungen im Jahr sehr öffentlichkeitswirksam annonciert und hohe Erwartungen geweckt. In der letzten Legislaturperiode wurde von der SPD in verschiedenen Anträgen eine Vielzahl von Forderungen aufgestellt, darunter ein Antrag mit dem Titel "Hamburg braucht Entschlossenheit in der Wohnungspolitik".

(*Andy Grote SPD*: Richtig!)

Einige der zahlreichen Forderungen daraus möchte ich kurz zusammenfassen. Es sollten 2000 Sozialwohnungen im Jahr gebaut und weitere 500 Wohnungen in Anlehnung an den dritten Förderweg für Schwellenhaushalte errichtet werden. Es sollten 1000 Belegungsbindungen mit einer Bindungsdauer von 15 Jahren angekauft und 1000 Wohnungen durch die SAGA gebaut werden. Das sind Zahlen und mit Zahlen kann man herrlich konkret arbeiten, aber Sie von der SPD können das auch unkonkret. Es sollten nämlich geeignete Maßnahmen – was auch immer Sie darunter verstehen – zum Planungsrecht ergriffen werden.

Wenn man noch weiter zurückschaut, verlangten Sie sogar einmal einen Anteil an Passivhäusern von mindestens 30 Prozent bei allen Plänen und städtebaulichen Verträgen.

(*Andy Grote SPD*: Den Antrag zeigen Sie mir mal! – Vizepräsidentin Barbara Duden übernimmt den Vorsitz.)

Wie kurzsichtig es war, gerade Letzteres als Erstes schon vor der Wahl über Bord zu werfen, das signalisierte die ersten Anzeichen von Nervosität angesichts dessen, was die SPD vor der Wahl offenbar ohne Konzept vom blauen Himmel herunterzuholen versuchte.

(Zuruf von der SPD: Aber Sie haben ja das tolle Konzept gehabt!)

Fast drei Monate sind seit der Wahl vergangen und außer dem Verweis auf die von uns vor der Wahl schon angeschobenen Wege und Instrumente ist eigentlich nichts Neues hinzugekommen mit einer Ausnahme: Der von uns eingesetzte Wohnungsbaukoordinator Michael Sachs wurde inzwischen zum Staatsrat befördert. Für Herrn Sachs bieten sich auch keine besseren Maßnahmen an als die, die Sie schon genannt haben, nämlich die

Öko-Vorschriften zu lockern, Grünflächen zu überbauen – ich beziehe mich auf einen Artikel im "Hamburger Abendblatt" vom 22. März –, die Bezirke mehr an die Kandare zu nehmen und einmal mehr auch den Bürgerwillen zu brechen.

Frau Senatorin ruderte zugleich in eine andere Richtung. Am 1. April stand im "Hamburger Abendblatt", mit den 6000 Wohnungen werde es wohl in diesem Jahr nichts.

(*Dirk Kienscherf SPD*: Das war ein Aprilscherz!)

Das kündigte Sie vor den Hamburger Wohnungsbaugenossenschaften an und hängte dann die Wohnungsnot schon eine Etage tiefer zum Wohnungsmangel in ganz bestimmten Stadtteilen.

(*Ole Thorben Buschhüter SPD*: Wie viele Wohnungen gehen denn auf das Konto der GAL?)

Frau Senatorin, fast könnten Sie mir leidtun, denn angesichts der Ereignisse halte ich die Form der Auseinandersetzung mit Farbbeutelanschlägen oder Brandsätzen für völlig ungeeignet, um diesen Konflikt auszutragen.

(Beifall bei der GAL und bei *Heike Sudmann DIE LINKE*)

Sie tun mir aber auch leid, weil die avisierten 1000 Wohnungen der SAGA – laut "Hamburger Morgenpost" vom 20. April – nun zu 41 Wohnungen in 2011 geworden sind und die SAGA Ihnen auch gleich noch weiter den Kopf gewaschen hat und die 1000 Wohnungen, die Sie eingefordert haben, auf 500 Wohnungen im Jahr halbiert hat. Als Spielführerin in der BSU wollten Sie – ich zitiere wieder aus dem Artikel im "Hamburger Abendblatt" vom 1. April –

(*Gabi Dobusch SPD*: Ist das hier eine Presseschau?)

"[...] das Flächen- und Immobilienmanagement auf neue Füße stellen."

Schade nur, dass Sie an einem Tischfußballspiel spielen und das richtige Spielfeld woanders ist, denn die dafür notwendige Grundstücksabteilung untersteht der Finanzbehörde. Hier hätte der Senat eigentlich schon einen schnellen Schritt voran machen können, um endlich die Grundstücks- und Stadtentwicklungspolitik in eine Hand zu bekommen und eine wirkliche Grundstücksentwicklung voranzutreiben. Ich bin gespannt, was wir noch zu hören bekommen, wenn die Gewerbegebiete in Wohnungsbauflächen umgewandelt werden sollen.

Meine Damen und Herren! Wohnungsbaupolitik von der SPD: Als Tiger abgesprungen, als Flugkatze unterwegs und ich hoffe nicht, dass Sie als das landen, was zu befürchten ist.

(Beifall bei der GAL)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Grote.

Andy Grote SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Lieber Kollege Duge, schon als ich die Tagesordnung gesehen habe, fand ich es mutig, dass Sie dieses Thema angemeldet haben. Nach Ihrem Redebeitrag finde ich dies rückblickend noch mutiger, denn es wird Ihnen vermutlich nicht entgangen sein, dass niemand anders als die GAL in den letzten drei Jahren die politische Regierungsverantwortung für den Wohnungsbau in dieser Stadt hatte.

(Beifall bei der SPD)

Sie können sich gerne in der Stadt umhören, welche Impulse für den Wohnungsbau von der GAL ausgegangen sind. Da werden Sie ernüchternde Mitteilungen bekommen, dazu gibt es ganz klare Haltungen und das mit gutem Grund.

Sie sind, das kann man in den Zeitungen lesen, im Moment in der Phase einer selbstkritischen Aufarbeitung Ihrer Regierungsbeteiligung. Ich muss sagen: Respekt, da haben Sie den Kollegen von der CDU schon Einiges voraus.

(Klaus-Peter Hesse CDU: Wir sind schon fertig! – Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

– Das glaube ich Ihnen sogar, Herr Hesse.

Aber wenn man schon die kritische Aufarbeitung macht und sagt, Schwarz-Grün habe an den Menschen vorbei regiert, dann würde es in einer solchen Debatte zur Ehrlichkeit dazugehören, Herr Duge, auch zu sagen, jawohl, Schwarz-Grün hat an den Menschen vorbei regiert und in kaum einem Politikfeld so gründlich wie im Wohnungsbau.

(Beifall bei der SPD)

Wir können darüber diskutieren, ob man das Ergebnis Ihrer Politik nun am zutreffendsten mit Wohnungsnot, Wohnungsmangel oder Wohnungsknappheit beschreibt. Ein Desaster ist es allemal und für die Betroffenen ist der Streit um Worte auch nicht hilfreich.

Völlig außer Zweifel steht, dass wir in Hamburg eine sehr ernsthafte Lage am Wohnungsmarkt haben. Zehn Jahre lang ist nur die Hälfte dessen an Wohnungsbau passiert – nur 3000 statt der erforderlichen 6000 Wohnungen –, was wir gebraucht haben. Wir haben eine drastische Verknappung von bezahlbarem Wohnraum. Wir haben deutlich, in manchen Quartieren rasant steigende Mieten. Menschen mit geringem Einkommen, inzwischen sogar Normalverdiener, finden in vielen Stadtteilen keinen für sie bezahlbaren Wohnraum mehr. Natürlich empfinden die Betroffenen das für sie als echte Notsituation, darüber muss man gar nicht streiten. Und wir erleben ein soziales Auseinanderdriften der Stadtteile. Viele Menschen können sich

die Mieten in ihrem Stadtteil, in dem sie lange gelebt haben, bei einem Umzug nicht mehr leisten.

Aber das ist Ihre politische Hinterlassenschaft, Herr Duge. Das ist Ihre politische Altlast, mit der wir umzugehen haben. Das ist das, was wir vorfinden und was wir in Zukunft verbessern müssen. Seien Sie gewiss, dass wir mit der gleichen Entschlossenheit, mit der wir das von Ihnen abgefordert haben, auch an dieses Thema herangehen. Wir haben eine ganz klare Position: Wir werden das tun, was Schwarz-Grün versäumt hat.

(Jens Kerstan GAL: Wie denn? Sagen Sie es doch mal!)

Wir werden dafür sorgen, dass die 6000 erforderlichen Wohnungen gebaut werden und nicht nur über Impulse sprechen, Herr Duge, sondern über eine ganz neue Wohnungsbaupolitik für Hamburg. Das ist bitter nötig.

(Beifall bei der SPD – Jens Kerstan GAL: Sie sollen nicht sprechen, sondern machen!)

– Herr Kerstan, jemand, der drei Jahre nicht das Allgeringste zustande gebracht hat, sollte an dieser Stelle ganz kleine Brötchen backen.

(Beifall bei der SPD)

Im Übrigen brauchen Sie auch gar nicht lange darauf zu warten, die entscheidenden Eckpunkte sind definiert. Herr Duge, wenn Sie das einmal aufmerksam verfolgen, dann stellen Sie fest, dass es genau die Punkte sind, die wir auch vor der Wahl im Programm gefordert und im Wahlkampf versprochen haben. Genau das findet jetzt statt, es ist im Arbeitsprogramm definiert. Die 2000 geförderten Wohnungen im Jahr, die Sie angesprochen haben, wird es jetzt geben, die Programme werden entsprechend ausgerichtet. Die SAGA wird die 1000 Wohnungen bauen, natürlich nicht in 2010, das ist doch klar, aber unter Ihrer Ägide hat die SAGA gar keine Wohnungen gebaut. Sie werden die 1000 Wohnungen bauen, nicht im ersten Jahr, aber es wird eine schnelle Annäherung an diesen Wert geben. Wir werden die Grundstücksvergabe auf ganz neue Füße stellen und das, was Sie immer nur angekündigt haben, was aber nie stattgefunden hat, das Entstehen bezahlbaren Wohnraums, vorrangig vor dem Preis bei der Grundstücksvergabe behandeln. Das ist eine völlig neue Politik.

Wir werden die Wohnungswirtschaft, mit der Sie sich eine unnütze und unsinnige Konfrontation geleistet haben, als Kooperationspartner und Partner in der Wohnungsbaupolitik ernst nehmen und mit ihr einen Pakt für Wohnungen abschließen. Wir werden mit den Bezirken Wohnungsbauprogramme verabreden mit Zahlen, die dann auch in Erfüllung gehen, und nicht das, was Sie an Zielvereinbarungen abgeschlossen haben. Es ist richtig, dass der Wohnungsbaukoordinator in den Rang ei-

(Andy Grote)

nes Staatsrates gehoben worden ist; auch das ist eine notwendige Maßnahme. Insofern bitte ich schlicht um Verständnis, dass das, was Sie in drei Jahren nicht geschafft haben, von uns nicht in drei Wochen umgesetzt wird.

(Glocke)

Vizepräsidentin Barbara Duden (unterbrechend): Herr Grote...

Andy Grote (fortfahrend): Letzter Satz: Es dauert schlicht etwas länger, das Ergebnis von zehn Jahren totalen Regierungsversagen aufzuarbeiten, aber glauben Sie mir, wir schaffen das.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Hamann.

(Zurufe von der SPD: Ah!)

Jörg Hamann CDU: Es freut mich immer, wenn Sie sich freuen. Und wenn Sie wissen, was ich Ihnen sagen möchte, dann können Sie eigentlich auch hierherkommen

(*Dr. Andreas Dressel* SPD: Wir sind doch da!)

oder von vornherein klatschen, denn Sie wissen, ich werde es Ihnen richtig berichten.

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Kollege Grote, dass der Kollege Duge doch die entscheidenden Punkte getroffen hat, hat letztlich Ihre Aufregung sehr wohl gezeigt, denn anders kann ich mir nicht erklären, mit welchem Enthusiasmus, fast schon Beleidigtsein, Sie an diesem Punkt agiert haben. Das wäre sonst nicht notwendig gewesen, Sie hätten sich einfach sachlich den Punkten stellen können.

(*Gabi Dobusch* SPD: Engagement! – Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der GAL)

Vielleicht nehmen wir aus dem Thema zum Anfang auch ein wenig das Tempo. Das ist ohnehin das Markenzeichen Ihrer neuen Regierung, nur nicht hastig, der Schulsenator hat es heute gesagt und Ihr Fraktionsvorsitzender, Sie wollen alles nicht hastig machen. Von daher ohne jegliche Hast zunächst einmal in aller Freundlichkeit – die ersten 100 Tage sind noch nicht vorbei – die herzlichsten Glückwünsche der CDU-Fraktion an die neue Senatorin. Wir hoffen, dass sie ihr Amt mit viel Freude und vor allen Dingen auch Erfolg erfüllen wird. Ihre Berufung war für uns als CDU-Fraktion – aber ich habe es auch aus Ihren Reihen als SPD-Fraktion gehört – durchaus eine Überraschung, vielleicht erweist sie sich ja als eine positive Überraschung.

Die CDU wird auf jeden Fall diesen Senat bei dem Ziel, den Wohnungsbau weiter anzutreiben, gerne

unterstützen, mit aller Kraft und auch sehr sachlich. Über das Ziel sind wir uns einig, da gibt es keinen Dissens: so viele Wohnungen, wie es in irgendeiner Weise geht. Die Wege, die dahin führen sollen, kennen wir noch nicht. Über das, was sein könnte, haben wir zwar von dem Kollegen Grote jetzt mehr als vom Senat gehört, aber so sehr neue Themen sind das nicht. Das haben wir alles schon einmal gehört.

(*Andy Grote* SPD: Sie haben es nur nicht gemacht!)

Herr Grote, wir haben es auch alles schon versucht. Erste Wohnungsbauoffensive, zweite Wohnungsbauoffensive, das waren immer diese wohlklingenden Namen, zum Teil war das auch erfolgreich,

(*Karin Timmermann* SPD: Zum Teil!)

aber nicht in dem Umfang, den wir uns erwünscht haben. Insofern hoffe ich, dass die Senatorin heute die Gelegenheit nutzt und zu dem Thema einige klärende Worte sagen wird, denn das ist – das haben Sie völlig zu Recht gesagt, Herr Grote – eines der entscheidenden Themen, mit dem wir in Hamburg in den nächsten Jahren zu tun haben werden.

Positiv hervorheben möchte ich in Richtung der neuen Senatorin ausdrücklich, dass ich sehr angenehm überrascht war, dass die Senatorin gleich zu Beginn ihrer Amtszeit offensichtlich damit begonnen hat, sich nicht nur um die Sachpolitik zu kümmern, sondern auch mit einigen Oppositions- und Wahlkampflegenden der alten SPD aufzuräumen.

Die Senatorin hat natürlich völlig recht gehabt, wenn sie öffentlich verkündigte, dass es in Hamburg keine Wohnungsnot gäbe. Gott sei Dank gibt es die nicht, davon sind wir weit entfernt. Ich hätte mir eigentlich gewünscht, dass die SPD hier der Senatorin den Rücken gestärkt hätte, auch wenn Sie früher immer etwas anderes erzählt haben.

(Beifall bei der CDU)

Es kann doch nicht schaden, die richtigen Dinge zu verkünden, um damit dann die Diskussion im Einzelnen zu beginnen. Hier wäre ein klares Wort notwendig gewesen. Eine weitere Legende, mit der die Senatorin ebenfalls aufräumen kann, ist beispielsweise die Geschichte über die 1000 spekulativ leerstehenden Wohnungen. Dazu würde ich auch gern eine Erklärung hören. Sie haben immer behauptet, die gäbe es, aber dann wird der Senat wohl jetzt die Gelegenheit nutzen, sie uns in kürzester Zeit zu nennen und die geeigneten Maßnahmen zu ergreifen. Dann haben wir schon wieder 1000 Wohnungen auf dem Wohnungsmarkt und Sie können schon wieder einen SPD-Erfolg verkaufen oder aber mit Ihren Wahlkampflegenden aufräumen.

(*Andy Grote* SPD: Sehr fürsorglich gedacht!)

(Jörg Hamann)

– Ein bisschen Fürsorge braucht Ihre Fraktion offensichtlich. Sie sind im Übrigen erstaunlich ruhig geworden, wo ist denn Ihr Temperament?

(Beifall bei der CDU)

Beeindruckt es Sie so, was Ihre Senatorin sagt?

(*Andy Grote SPD*: Es ist so lasch, was Sie sagen! Bisschen mehr Feuer!)

Oder wollen Sie Ihre Senatorin nicht unterstützen bei derartigen Punkten?

Eine weitere Legende, mit der die Senatorin ebenfalls aufgeräumt hat, ist offensichtlich diese Zielzahl von 6000 Wohnungen, die noch in Wahlkampf- und Oppositionszeiten von der SPD verkündet wurde und die man nun schaffen wolle. Es hieß, dies sei für den Durchschnitt der nächsten Jahre geplant. Man wolle lange regieren und könne das vielleicht in einem Jahr erreichen. Dann wurde wieder dieser unsägliche Brutto-Netto-Vergleich herangezogen. Ich hoffe, dass wir an 6000 Wohnungen herankommen, aber ich glaube es nicht; das habe ich Ihnen auch in Ihrer Oppositionszeit immer gesagt. Die Voraussetzungen in dieser Stadt sind nicht gegeben, um dauerhaft jedes Jahr 6000 Wohnungen zu errichten. Wenn es so sein sollte, wäre es wunderbar. Wir begleiten Sie in diesem Punkt gern konstruktiv, allein auch in diesem Bereich fehlt mir dann der Glaube.

Es gibt verschiedene Punkte, die wir vielleicht gemeinsam anfassen können, ich nenne nur die Miethöhe. Hier könnte man sich eine Bundesratsinitiative vorstellen, die wir gern unterstützen würden, um insbesondere bei Neuvermietungen die Miethöhen zu begrenzen. Wichtig wäre für uns, Frau Senatorin, die konstruktive Weiterentwicklung des Hamburger Modells, das Schwarz-Grün sehr gut auf den Weg gebracht hat.

(*Dirk Kienscherf SPD*: Planwirtschaft ist das!)

Frau Senatorin, wir hoffen, Sie schaffen es, überraschen Sie uns.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Dr. Duwe.

Dr. Kurt Duwe FDP: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich möchte nicht wieder diese 100 Tage erwähnen, sondern auf einige konkrete Sachen eingehen, die vielleicht kurzfristig angegangen werden können. Ich will nicht über irgend eine Wohnungsbaupolitik im Jahre 2030 zu reden und was man dann alles machen könnte. Ich möchte darüber reden, was wirklich konkret in der Pipeline ist.

Die Bezirke haben Tausende von Wohneinheiten auf Halde. Dort ist der Pfropfen, den wir lösen

müssen. Dieser Pfropfen muss nicht gelöst werden, weil viele Bürger dagegen protestieren, dass vor ihrer Haustür Wohnungen gebaut werden, sondern weil diverse Behörden sich nicht einig sind, wer nun was machen will. Die Finanzbehörde möchte viel Geld herauschlagen; die Wirtschaftsbehörde entgegnet beispielsweise, dies sei aber ein Gewerbegebiet, die Bezirke wiederum sagen, sie hätten im Bebauungsplan alles in Sack und Tüten. Die Behörden können sich nicht einigen.

Ein Beispiel hierfür ist die Röttiger-Kaserne, hier möchte die Wirtschaftsbehörde immer noch einen Teil als Gewerbegebiet ausschreiben. Es ist aber davon auszugehen, dass dort auch in zehn Jahren kein Gewerbe hinzieht. Die Finanzbehörde möchte neuerdings dort, wo Einzelbebauung geplant war, drei- bis vierstöckige Wohnhäuser bauen, weil man natürlich mehr Geld bekommt, wenn man größere Wohnhäuser baut statt Einzelbebauung. Es gibt aber einen Bebauungsplan, in dem steht, dass es Einzelbebauung sein soll. Das zieht sich seit zwei Jahren hin. Wenn die Behörden sich nicht darüber einigen, was sie eigentlich wollen, dann muss dies der Senat entscheiden. Wenn Wohnungsbau von diesem Senat als Chefsache angesehen wird, dann muss es auch eine solche sein. Wir brauchen nicht nur einen dafür verantwortlichen Staatsrat, sondern bei solch großen Vorhaben, bei denen es um 600 bis 800 Wohneinheiten geht, kann auch schnell gehandelt werden. Schnell bedeutet, dass die Leute wirklich in dieser Legislaturperiode einziehen können. Das müssen wir erreichen.

Es gibt diverse andere Vorhaben in den Bezirken, bei denen es auch Lösungsmöglichkeiten gibt, bei denen es aber im alten Senat Abstimmungsprobleme gab, vor allen Dingen beim Bereich Finanzbehörde und Bezirke. Hier muss man allerdings feststellen, dass sich der Bezirk und eine Bürgerinitiative geeinigt hatten. Ich nenne hierfür das Beispiel Elfenwiese in Harburg. Hier waren die Bürger nicht contra, sondern haben einen hervorragenden Gegenvorschlag gemacht. Sie haben sich mit der Bezirksversammlung über 80 Wohneinheiten auf einem sehr schönen Gelände geeinigt, aber man streitet noch mit der Finanzbehörde um 20 Wohneinheiten. Wenn man die 60 Wohneinheiten in diesem Plan nicht umsetzt, dann wird man die 80 Wohneinheiten in zehn Jahren nicht bekommen, das wird leider Realität sein. Das ist ein Verhalten, das ich nicht tolerieren kann. Falls Wohnungsbaupolitik Chefsache dieses Senats ist und es nur um 20 Wohneinheiten hier und dort geht, dann muss es auch Möglichkeiten geben, der Finanzbehörde zu signalisieren, dass es einen anderen Haushaltstopf gibt und sie das Geld von woanders her bekommen. Sonst werden wir diese Probleme nicht lösen.

Ein dritter Punkt, die CDU hat gerade dieses tolle Stichwort Spekulation genannt. Hier gibt es noch ein weiteres Problem, nämlich die leerstehenden

(Dr. Kurt Duwe)

Häuser in Neuenfelde, die zum Teil immer noch nicht vermietet sind, weil die Stadt fürchtet, dass neue Bewohner Klagerechte gegen Airbus hätten. Ich denke, hier ist eine Möglichkeit, ein Dorf, das noch nicht ganz im Sterben liegt, wieder mit mehr Leben zu erfüllen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Dr. Bischoff.

Dr. Joachim Bischoff DIE LINKE:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Duwe, unser Problem ist nicht, dass die SPD zu hohe Erwartungen geweckt hat. Herr Grote, unser gegenwärtiges Problem ist auch nicht die Frage der politischen Altlasten. Es ist völlig unstrittig, dass wir gerade im Bereich Wohnungen und Mieten einen ziemlich desaströsen Zustand übernommen haben. Das hilft uns jetzt nicht weiter.

(*Andy Grote SPD:* Die muss man dran erinnern!)

– Es ist auch in Ordnung, dass Sie daran erinnern.

Aber das politische Problem, das trotz der noch laufenden ersten 100 Tage im Zentrum steht, ist, dass wir darüber reden müssen, wie wir diesen Zustand in Bewegung bringen. Die Leute sind wirklich beunruhigt. Wir könnten alle Felder noch einmal durchdeklinieren und feststellen, dass die Presse sich nicht nur einige unangenehme Dinge herausgesucht hat, sondern dass wir in Hamburg eine wirklich ernste Situation haben. Herr Hamann sagt nun, sie hätten mit den Legenden aufgeräumt. Aber es ist doch keine Frage, ob wir dies als neue Wohnungsnot oder schweren Mangel bezeichnen, denn Fakt ist, dass der Mangel existiert, und er wird täglich drückender.

(Beifall bei *Christiane Schneider DIE LINKE*)

Was viele Bürgerinnen und Bürger mit diesem Regierungswechsel verknüpfen, war die Vorstellung eines Impulses oder Aufbruchs – da bin ich ganz bei Herrn Duwe – und wie er in den unterschiedlichen Punkten aussieht.

Herr Grote, wir müssen nicht lange diskutieren, ob diese Untersuchung des Gymnasiums Ohmoor so ernst zu nehmen ist. Aber wenn dort gesagt wird, dass erneut 10 Prozent Mietsteigerung festgestellt worden wären, dann war dies vielleicht in einigen Punkten nicht ganz korrekt sei. Aber alle anderen Institute sagen gleichermaßen, dass Hamburg nach wie vor mit einer ungeheuren Welle von Mietsteigerungen konfrontiert ist. Wir haben erhebliche Probleme bei der Vergabe von bestehenden Wohnungen, das bedeutet, dass § 5- und Dringlichkeitsscheine nach wie vor ausweisen, dass es dort eine erhebliche Unterversorgung gibt.

Es ist auch keine Frage, dass sich im Bereich der Wohnungslosigkeit und Obdachlosigkeit die Probleme dringlich zuspitzen. Ich muss es nicht beantworten,

(Zurufe von der FDP)

aber wenn Frau Senatorin Blankau sagt, man könne den Begriff Wohnungsnot nicht mehr benutzen, dann kann ich nur sagen, dass dies vielleicht nicht so gemeint war. Aber die Dringlichkeit, wie die Leute vor Ort sie empfinden, kann man meines Erachtens nicht bestreiten.

Ein weiterer Punkt ist, dass wir doch alle wussten, dass man nicht von heute auf morgen den Schalter umlegen kann und einmal eben die berühmten 6000 Wohnungen baut und mindestens die Hälfte in diesem Jahr noch schafft. Es war doch klar, dass das nicht geht. Ich finde es von Herrn Hamann sehr mutig, dies auch in einigen Punkten angesprochen zu haben. Das heißt, wir reden nach wie vor über Leerstand und Zweckentfremdung. Das sind Punkte, bei denen man einiges machen kann. Man könnte sich hier doch fragen, ob man die SAGA nicht doch etwas motivieren könnte, ihre Vergabepraxis etwas transparenter zu machen.

Außerdem gehört in diesen Bereich die Situation, die wir jetzt mit der GAGFAH haben. Bei knapp 10 000 Wohnungen, die dort verfallen, kann man doch nicht von der politischen Seite her sagen, dass man ein Angebot machen und dieses Problem lösen wolle. Herr Hamann sagte zu Recht, dass es gerade für so einen Bereich wie die Metropolregion Hamburg eine Bundesratsinitiative zur Neuregelung von Mieterhöhungen geben sollte. Ich bin hierüber wirklich verblüfft und es ist sehr positiv, dass wir das schaffen. Der Pakt und das soziale Bündnis, das Sie planen – machen Sie das. Gehen Sie auf die Bürgerinnen und Bürger zu und zeigen Sie, dass wir bereit sind, die Probleme aufzugreifen und zu bewegen.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Senatorin Blankau.

Senatorin Jutta Blankau: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich bin Herrn Bischoff dafür dankbar, dass er das Problem angesprochen hat, das wir in Hamburg haben. Es ist von niemandem hier im Raum bestritten worden, auch von mir nicht. Dass wir am Hamburger Wohnungsmarkt eine dramatische Lage haben, ist allen Anwesenden bekannt. Herr Duge, wenn man sagt, die Luft sei schon raus, finde ich das unerhört. Ich weiß, Sie haben sich eben auch schon entschuldigt, möglicherweise auch für den Titel, den Sie dieser Aktuellen Stunde gegeben haben. Allerdings wurden Sie schon darauf hingewiesen, dass die Verantwortung in den letzten zehn Jahren nicht

(Senatorin Jutta Blankau)

bei der Sozialdemokratie lag. In den letzten zehn Jahren sind im Durchschnitt 3700 Wohnungen entstanden, das sind viel zu wenige.

(Beifall bei der SPD)

In den letzten zehn Jahren ist die Zahl der Sozialwohnungen in Hamburg sehr zurückgegangen. Das haben die CDU und in den letzten drei Jahren auch die Grünen zu verantworten.

(Beifall bei der SPD)

Wenn ich mir dann die Mietpreisentwicklung ansehe, kann ich nur feststellen, dass in bestimmten innerstädtischen Bereichen die Mietpreise im Durchschnitt um 7,4 Prozent angestiegen sind, in einigen innerstädtischen Bereichen sogar um bis zu 18 und 20 Prozent. Das ist unerträglich.

(Beifall bei der SPD und bei *Heike Sudmann DIE LINKE*)

Es ist ein eigenartiger Humor, etwas anzumelden und nach nur sechs Wochen die Frage zu stellen, ob die Luft schon raus sei und dass es keinen neuen Impuls beim Wohnungsbau gebe.

(*Jens Kerstan GAL*: Ja, was haben Sie denn vor? Dann sagen Sie es doch mal!)

Hier frage ich nur als Zuschauerin, welches Politikverständnis eigentlich diejenigen haben, die drei Jahre lang die Mitverantwortung dafür getragen haben?

(Beifall bei der SPD)

Die Problemlagen sind bekannt, darauf ist Herr Grote schon eingegangen, ebenso Herr Bischoff und auch Herr Hamann. Jetzt müssen wir das lösen, Herr Duwe hat recht, es gibt vielfältige Probleme am Wohnungsmarkt. Die Beteiligten müssen zusammengeholt werden. In absehbarer Zeit wird es hier einen Wohnungspakt geben gemeinsam mit der Wohnungswirtschaft. Die Gespräche mit der SAGA GWG, den Wohnungsbaugenossenschaften und der Wohnungswirtschaft, auch mit den Grundeigentümerverbänden, laufen. Erstaunlicherweise sind alle Beteiligten, übrigens auch die Mietervereine, engagiert dabei. Wenn die Stadt feststellt, dass wir einen Wohnungsmangel haben, dann haben wir auch kein Problem, durch eine Bürgerbeteiligung Widerstände aufzubrechen in der Bevölkerung. Wir brauchen Wohnungen und wir müssen dafür sorgen. Das werden wir tun, einerseits durch ein Bündnis mit der Wohnungswirtschaft und andererseits durch ein Bündnis mit den Bezirken. Die Bezirke werden auch zeitnah mit uns darüber eine Vereinbarung treffen, wie viele Wohnungen in den jeweiligen Bezirken entstehen werden, und darüber hinaus auch, welche wohnungsbaupolitischen Konzepte sie selbst dabei auf den Tisch legen.

Meine Damen und Herren! Ich bin mir sicher, dass das ein Erfolgsmodell werden wird, weil Demokra-

tie davon lebt, dass man alle Betroffenen beteiligt und gemeinsam Lösungen findet. Ich bin sehr optimistisch, dass es uns gelingen wird. Die Diskussion über Stadtdialoge – nachher befassen wir uns auch noch mit einem Antrag der SPD-Fraktion –, die Fragen der Beteiligung aufwerfen wird, auch die der Bürger und Bürgerinnen, wird dazu führen, dass auch ein Enthusiasmus in der Stadt entsteht bezüglich der Entwicklung des Wohnungsbaus.

Ich komme zur SAGA GWG, ich habe dies auch gelesen.

(Zuruf von *Jörg Hamann CDU*)

Ein öffentliches Unternehmen wie die SAGA GWG hat auch eine Aufsichtsratsvorsitzende, die die Unternehmenspolitik mit vorgibt. Wir werden dafür die Rahmenbedingungen herstellen, dass die SAGA GWG in die Lage versetzt wird, tatsächlich pro Jahr mit dem Bau von 1000 Wohnungen zu beginnen. Hierfür muss man Rahmenbedingungen haben. Sie können nicht heißen, dass es ein Höchstgebotsverfahren gibt, was wir die letzten zehn Jahre gewohnt waren,

(Zuruf von *Jens Kerstan GAL*)

sondern es kann nur heißen, dass ein entsprechendes Konzept auf den Weg gebracht wird. Das heißt für mich auch, dass mindestens 2000 Wohnungen über den 1. und 2. öffentlichen Förderungsweg initiiert werden. Dann werden wir sehen, dass auch bezahlbare Wohnungen in Hamburg entstehen werden.

Meine abschließende Bitte ist einfach nur: Lassen Sie uns gemeinsam und konstruktiv einen Weg finden, wie die Wohnungen auf den Weg gebracht werden, damit diese Stadt ein ausreichendes Angebot auch in der Zukunft hat. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Die Redezeit der Aktuellen Stunde ist beendet, aber nach Paragraph 22 Absatz 3 unserer Geschäftsordnung haben die Fraktionen jeweils noch eine Erwidermöglichkeit. Eine Wortmeldung habe ich schon, die von Herrn Kerstan.

(*Dirk Kienscherf SPD*: Wer war denn davor Aufsichtsratsmitglied bei der SAGA?)

Jens Kerstan GAL:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich glaube, wir haben mit unserer Anmeldung schon einen Nerv getroffen, denn sonst kann ich mir diese Aufgeregtheit und die zugespitzten Reden von Herrn Grote und auch von der Frau Senatorin nicht erklären. Ich möchte auf den Tonfall der Frau Senatorin eingehen, der deutlich machte, dass sie sich angegriffen gefühlt hat, sich verteidigen wollte und ihre Rolle als Senatorin mit der der Gewerkschaftsführerin verwechselt hat. Das war eigentlich nicht der Ton einer Senatorin,

(Jens Kerstan)

den wir in der Hamburgischen Bürgerschaft gewöhnt sind.

(Beifall bei *Dr. Stefanie von Berg GAL* und der CDU)

Wir haben doch nur eine ganz harmlose Frage gestellt, Frau Blankau. Wir haben in den letzten drei Jahren in der Wohnungspolitik Veränderungen vorgenommen, Veränderungen, die auch zu mehr Wohnungsbau geführt haben, aber nicht in dem Maße, wie wir es wollten. Wenn das fortgeführt würde, dann würden wir in den nächsten Jahren schon eine ganze Menge an Wohnungen bekommen.

(*Dirk Kienscherf SPD*: Das glauben Sie doch selber nicht!)

Dagegen hätten wir gar nichts, wenn Sie den Wechsel, den wir eingeleitet haben, Frau Blankau, weiterführen. Sie brauchen nämlich gar nicht mehr umzuwechseln vom Höchstgebotsverfahren zu mehr Projektqualität, weil unsere Senatorin Hajduk dies in der letzten Legislaturperiode schon längst eingeleitet hatte. Wenn Sie das weiterführen wollen, dann ist das in Ordnung.

(Vereinzelter Beifall bei der GAL – *Dr. Andreas Dressel SPD*: Aber so richtig am Markt ist das noch nicht angekommen!)

Aber, meine Damen und Herren, Sie haben im Wahlkampf den Mund sehr voll genommen. Sie sagten, mit der SPD würde alles anders und schneller und besser werden. Hier muss man doch einfach die Frage stellen, mit welchen Maßnahmen Sie das erreichen wollen. Der Wahlkampf ist vorbei. Herr Grote sagte auch immer, man werde darüber sprechen und diskutieren, aber jetzt sind Sie in einer neuen Rolle. Sie sind jetzt nicht mehr in der Opposition, sondern in verantwortlicher Position. Wo sind denn nun die neuen Impulse, mit denen Sie diesen Wohnungsbau beschleunigen wollen?

Ich möchte Ihnen einfach nur aufzählen, was wir gemacht haben. Das Erste erwähnte ich schon, das Höchstgebotsverfahren ist nicht mehr der bestimmende Faktor. Ich hoffe, Sie werden das auch fortführen.

Dann werden wir auch einen Konflikt mit Ihrem Wirtschafts- und Finanzsenator bekommen. Das ist nämlich der zweite Punkt, bei dem wir einen Wechsel vorgenommen haben. Ich würde gern hören, ob Sie das weiterführen wollen. Es gibt in dieser Stadt jede Menge Gewerbeflächen, die für Gewerbe nicht geeignet sind, auf denen man aber sehr gut Wohnungen bauen könnte. Das ist aber in der Vergangenheit immer von der Wirtschaftsbehörde verhindert worden. Da hat die Grünen-geführte BSU einen neuen Impuls gesetzt. In Bahrenfeld beispielsweise beim Gewerbegebiet an der Auto-

bahnauffahrt werden jetzt neue Wohnungen gebaut.

(*Dirk Kienscherf SPD*: An der Autobahn! Super!)

Ich möchte nun von Ihnen wissen, ob der SPD-geführte Senat diesen Konflikt mit der Wirtschaftsbehörde und der Handelskammer, die das überhaupt nicht gut findet, weiterführen wird, um mehr Wohnungen zu bauen. Dazu habe ich von Ihnen heute überhaupt nichts gehört.

(Beifall bei der GAL und bei *Dennis Gladiator* und *Klaus-Peter Hesse*, beide CDU)

Zum anderen haben wir Erhaltungsverordnungen in zwei Stadtteilen veranlasst. Sie könnten das nutzen und fortführen, auch das würde zu mehr Wohnungsbau führen. Auch darüber habe ich nichts gehört. Aber wenn Sie diese Maßnahmen weiterführen, diese Politik und diesen Kurswechsel, dann werden wir mehr Wohnungen bekommen. Aber wenn Sie jetzt so vollmundig verkünden, die SAGA solle 1000 Wohnungen bauen, dann möchte ich darauf verweisen, dass die SAGA in den letzten 15 Jahren in einem Jahr den stärksten Wohnungsbau betrieben hat, nämlich unter sozialdemokratischer Verantwortung, und zwar im Jahr 1997. Damals waren es 700 Wohnungen. Jetzt sagen Sie einfach so, es würden dann eben 1000. Der Vorstand der SAGA hat gesagt, dass man das niemals im Leben erreichen werde. Sagen Sie doch einfach als Behördenleitung, wie Sie die SAGA dazu bringen wollen, das zu erreichen.

(Zuruf von *Jörg Hamann CDU*)

Einfach nur zu sagen, Sie würden das vorlegen, ist ein bisschen zu wenig, wenn man im Wahlkampf so große Töne gespuckt hat.

(Beifall bei der GAL)

Insofern würde ich mich freuen, wenn Sie unsere Politik fortführen. Aber Sie haben sehr viel Neues vor. Ich finde es da einen guten Stil, wenn Sie angesichts dessen einmal sagen, wie das denn vonstatten gehen soll, denn letztendlich sind die Zeiten der Forderungen und der Ankündigungen aus dem Wahlkampf vorbei. Sie sind jetzt in der Verantwortung. Wir haben einen Richtungswechsel eingeleitet, Sie wollen jetzt einen weiteren, aber dann sagen Sie endlich einmal, wie das aussehen soll. Ansonsten muss man feststellen, dass dies viel heiße Luft ist

(Zuruf von *Arno Münster SPD*)

und Sie bisher nicht bewiesen haben, dass irgend etwas dahinter ist. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Grote.

(Vizepräsidentin Barbara Duden)

(*Jörg Hamann CDU: Andy, rette deine Senatorin!*)

Andy Grote SPD: Herr Kerstan, Sie waren selbst ein bisschen aufgeregt eben.

(*Jens Kerstan GAL: Das ist Leidenschaft fürs Thema!*)

– Genau, ich finde es angemessen, dass wir dieses Thema emotional und leidenschaftlich diskutieren. Insofern weiß ich auch gar nicht, wieso Sie das bei uns kritisieren.

Natürlich ist es ein emotionales Thema, ein Herzensthema und sehr zentral und daran wollen wir die nächsten Jahre arbeiten.

(Beifall bei der SPD)

Ich sage ganz deutlich, auch an die Adresse von Herrn Hamann, dass es von dem Ziel, jedes Jahr 6000 Wohnungen zu bauen, keine Abstriche geben wird. Aber jeder weiß auch, dass das nicht wie mit einem umgelegten Hebel in 2011 gehen wird. Wir werden in schnellen, spürbaren Schritten auf diese Zielmarke zumarschieren und werden sie noch in dieser Legislaturperiode erreichen. Das ist qualitativ etwas völlig anderes, als Sie erreicht haben, denn Sie haben exakt eine Nulllinie erreicht. Auswirkungen der GAL-Politik auf den Wohnungsbau gibt es nicht. Sie sind genau auf der Linie geblieben, wie die CDU sie über die sieben Jahre zuvor hatte. 3700 Wohnungen sind viel zu wenige. Es gibt keine Impulse, die die GAL durchgesetzt hat.

(Beifall bei der SPD)

Wenn Sie alles aufführen, was Sie getan haben wollen, dann sind das doch Ankündigungen gewesen, die folgen- und wirkungslos auf dem Wohnungsmarkt waren. Sie sagen, Sie hätten die Grundstücksvergabe geändert und das Höchstpreisverfahren aufgehoben. Wissen Sie, wie viele Konzeptvergaben in Ihrer Verantwortung stattgefunden haben? Sie haben sich überall damit gerühmt, dass es nun kein Höchstpreisverfahren mehr gäbe – aber es gab nur ein einziges Verfahren, Herr Kerstan. Das ist bitter. Sie müssen sich keine Gedanken machen, dass wir das nicht fortführen, denn wir werden es überhaupt erst einmal umsetzen und werden dadurch zu günstigem Wohnungsbau auf städtischen Grundstücken kommen.

Ein weiterer Punkt sind die Gewerbeflächen. Auch hier haben Sie drei Jahre praktisch nichts gemacht. Erst am Ende der Legislaturperiode ist eine Fläche, die Sie eben benannten, angefasst worden. Ich glaube, da waren Sie nicht einmal mehr in der Regierung. Herr Ahlhaus hat dann gesagt, die CDU hätte jetzt etwas getan beim Wohnungsbau, sein Statement war, dass die Blockaden durch die GAL nun weg wären.

(*Jens Kerstan GAL: Jetzt brauchen Sie schon Herrn Ahlhaus als Argumentationshilfe!*)

Er sagte, dass es nun losgehe und eine Gewerbefläche umgewidmet würde. Schmücken Sie sich nicht mit diesen Federn, denn wichtig ist, dass wir uns die Gewerbeflächen anschauen und es hier keine Tabus geben darf. Hamburg braucht Gewerbeflächen, Hamburg braucht auch Wohnungsbauflächen und wir müssen für jede einzelne Fläche schauen, was dort das Beste ist. Da darf es keine jahrzehntelange Bevorratung von Flächen geben, die in Wahrheit für Gewerbe nicht geeignet sind, sondern für Wohnungen. Die Sache muss in Bewegung kommen und das werden wir auch schaffen.

Bei der Sozialen Erhaltungsverordnung hat die GAL angeblich auch tolle Sachen gemacht. In Ihrer Regierungszeit ist nicht eine einzige neue Soziale Erhaltungsverordnung in Kraft getreten. Sie haben lediglich die Initiativen aus den Bezirken nicht blockiert, Sie haben sie in der BSU weitergeführt. Mit wie viel handwerklichem Geschick und Erfolg Sie das getan haben, prüfen wir jetzt gerade. Wir werden dieses Verfahren schnell weiterführen und zum Abschluss bringen. Es wird die Sozialen Erhaltungsverordnungen geben in den Stadtteilen, in denen wir sie brauchen. Das hätten Sie schon während Ihrer Regierungszeit machen können, aber Sie haben es nicht gemacht.

(*Jens Kerstan GAL: Wir haben es gemacht!*)

– Sagen Sie mir, welche Soziale Erhaltungsverordnung Sie in Kraft gesetzt haben.

(*Dr. Andreas Dressel SPD: In Kraft getreten ist nichts!*)

Keine einzige. Ich kann mich an sehr viele Debatten erinnern, bei denen Sie sagten, man müsse etwas tun bei der SAGA, aber das sei so schwer, Sie seien mit denen im Gespräch, aber es ginge so langsam voran und Sie würden das nicht schaffen. Das wird sich jetzt ändern. Es wird an der Stelle der Aufsichtsrat agieren, anders als in der letzten Legislaturperiode, und es wird dort eine schrittweise, deutliche Erhöhung der Wohnungsbauaktivitäten der SAGA geben, das werden Sie erleben. Ich weiß, dass Sie sich das nicht vorstellen können, weil Sie es nicht geschafft haben, aber es wird passieren, auch an anderen Stellen. Sie haben doch nach Maßnahmen und Instrumenten gefragt: Wir werden den geförderten Wohnungsbau aufstocken auf 2000 Wohneinheiten. Das ist deutlich mehr, als bei Ihnen passiert ist. Dies wird am Wohnungsmarkt eine Entspannung bringen.

Der Pakt mit der Wohnungswirtschaft ist ein weiterer, wichtiger Bestandteil. Sie haben dort eine Konfrontation herbeigeführt, sodass am Ende kaum noch Gespräche möglich waren. Auch das werden wir aufbrechen, wir werden mit ihnen reden und

(Andy Grote)

auch zu Ergebnissen kommen. Wir werden auch mit den Bezirken zu bezirklichen Wohnungsbauprogrammen kommen, weil es natürlich nicht ohne oder gegen die Bezirke geht. Es geht nur mit den Bezirken und wir werden das dort auch leisten.

Noch ein letztes Wort: Es wird auch nicht gegen den Bürgerwillen gehen oder mit weniger Bürgerbeteiligung, es werden auch nicht alle Grünflächen zugebaut werden. Es wird natürlich sehr viele anstrengende Bürgerbeteiligungsverfahren und bezirkliche Beteiligungsverfahren im Einzelfall geben, aber beim Wohnungsbau bekommt man das am Ende des Tages aus unserer Erfahrung in aller Regel gut und einvernehmlich hin. Das werden wir schaffen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Hamann.

Jörg Hamann CDU:* Frau Senatorin, mit Verlaub: Außer großer Hektik, die Ihr Senat angeblich vermeiden will bei all seinen Entscheidungen, haben wir in Ihrer Rede leider nichts Neues erlebt, wir haben nichts Neues gehört. Ihre Mitarbeiter und sicherlich auch die Fachleute Ihrer Fraktion werden Ihnen im Einzelnen genau erklären können, dass all die Vorschläge, Themen, Wege, all die Anregungen und all die Ideen, die jetzt vorgebracht werden, schon einmal besprochen worden sind,

(*Andy Grote SPD:* Nein, das stimmt doch einfach nicht, Herr Hamann!)

einmal schon versucht worden sind und einmal schon unternommen worden sind. Und die einzige Lösung, die wir dazu hören, ist, dass es nun klappen würde, weil die Sozialdemokratie regiere.

(Lang anhaltender Beifall bei der SPD)

Jetzt wird das Wunder kommen, weil Sie sich das Wunder wünschen. Wenn dann der Vorstand der SAGA nicht will, dann wird der Aufsichtsrat ihm das schon sagen. Außer Ihrer großen Idee, der Aufsichtsrat der SAGA werde es schon richten, haben wir nichts gehört. Er ist jedoch für die operative Geschäftspolitik überhaupt nicht zuständig. Sie meinen offensichtlich, dass man mit Anordnungen und par ordre du mufti neue Wohnungen schafft. Ich wünsche es Ihnen, ich hoffe, dass dieses Wunder, für das Sie eben so laut geklatscht haben, Realität wird.

(*Dr. Andreas Dressel SPD:* Das klingt irgendwie ein bisschen hohl, was Sie da jetzt sagen!)

Meine Befürchtung ist allerdings, dass Sie nur leere Wahlkampfversprechen gemacht haben. Und das, mit Verlaub, sollten Sie Ihrer Senatorin schon sagen, bevor Sie sie losmarschieren lassen.

(Beifall bei der CDU)

100 Tage sind bald herum und dies ist sicherlich nicht ihr Thema; es ist neu für sie. Sie gilt als besonders durchsetzungsstark, das haben wir in der öffentlichen Diskussion auch schon erlebt, als sie – jenseits von Ihrer Wahlkampflyrik – gesagt hat, wir haben keine Wohnungsnot. Da ist sie von den Medien, der "Hamburger Morgenpost" und anderen Zeitungen, öffentlich geprügelt worden, aber sie hat gesagt, ich bleibe trotzdem dabei, es stimmt. Sie haben Rückgrat, Sie stehen zu Ihrem Standpunkt, das ist auch völlig in Ordnung. Nur bauen wir mit dieser Aussage natürlich keine neuen Wohnungen. Wir brauchen neue Ideen und Konzepte; die haben Sie versprochen. Aber wo sind die Ideen, wo sind die Konzepte? Die GAL hat völlig zu Recht danach gefragt, insofern war die Anmeldung auch legitim. Sie waren darüber schockiert, weil Sie gemerkt haben, dass man Sie, gerade erst im Amt, schon erwischt hat. Die Kollegen von der GAL haben Sie mit diesem Thema in der Tat vorgeführt. Alles, was Sie hier erzählt haben, sind Themen, die wir schon x-mal durchgekaut haben.

(Beifall bei der CDU und bei *Antje Möller GAL*)

Gewerbe zu Wohnungen – bitte zeigen Sie uns doch, wie das funktioniert, wir sehen uns das gerne an. Spekulative Leerstände – dazu habe ich jetzt gar nichts mehr gehört. Herr Grote, das war doch immer Ihr Thema: 1000 Wohnungen konnten wir angeblich sofort auf den Markt bringen, weil es sich angeblich um spekulative Leerstände handelte. Legen Sie doch los. In ein paar Wochen werde ich dazu eine Kleine Anfrage stellen.

(*Gabi Dobusch SPD:* Zittern werden wir!)

Dann sehen wir ja, was aus der Ankündigung und dem Wahlversprechen geworden ist.

Pakt mit Bezirken – das ist eine ganz großartige Idee, darauf ist noch niemand gekommen in dieser Stadt. Wenn das alles von der Qualität ist, dann tut es mir um den Wohnungsbau in Hamburg leid.

Also noch einmal: Wir hoffen, es wird anders. Unsere Unterstützung geben wir gerne, aber ein bisschen mehr als dieses Versprechen und ein paar neue Ideen wird es schon brauchen. – Danke.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Herr Dr. Duwe, Sie haben das Wort.

Dr. Kurt Duwe FDP: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Nur zwei Nebenbemerkungen: Erstens fällt mir beim Thema SAGA natürlich ein, dass man vielleicht bei den Haushaltsberatungen

(Dr. Kurt Duwe)

überlegen sollte, die Gewinne von stadteigenen Betrieben nicht gleich einzuplanen.

(Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel übernimmt den Vorsitz.)

Vielleicht sollte man in diesem Fall überlegen, das Geld, das jedes Jahr an den Hamburger Staat fließen soll, zweckgebunden in die SAGA zu investieren,

(*Ole Thorben Buschhüter SPD*: Dann ist die SAGA schon längst verkauft!)

um dort die Qualität zu verbessern beziehungsweise vielleicht sogar den Mietern einen Preiserlass zu geben. Denn woher kommt das Geld bei der SAGA? Von den Mietern.

Ein zweiter wichtiger Punkt, an dem wir diesen Senat messen werden, ist die Zusammenarbeit mit den Bezirken, und zwar nicht die Zusammenarbeit von oben nach unten, sondern von unten nach oben. Wir haben in den Bezirken sehr viele fachlich gute Leute, wir haben eine Verwaltung, die hervorragend arbeitet. Man kann sehen, wie viele Bebauungspläne schon bearbeitet worden sind, und wenn es einige gibt, die noch nicht bearbeitet wurden, dann liegt das daran, dass der Personalstand in den Bezirken dramatisch schlecht ist. Wenn der Senat wirklich ernst machen will mit der Veränderung der Behördenstrukturen, dann sollte er den Personalmangel gerade dort berücksichtigen und prüfen, wo er fehlendes Personal im Personalstamm gerade der Fachbehörden rekrutieren kann. Es ist wirklich wichtig, dass die Bezirke vernünftig ausgestattet sind, denn dort wird die Arbeit gemacht und nicht oben in den Planungsbereichen. Ich weiß, dass das in den früheren Senaten schwierig war und es wird auch diesmal schwierig werden, aber wir werden Sie daran messen, ob Sie dort Nägel mit Köpfen machen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel: Herr Dr. Bischoff, Sie haben das Wort.

Dr. Joachim Bischoff DIE LINKE:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Duwe, beim letzten Punkt gebe ich Ihnen völlig recht. Es gibt gerade in diesem Bereich in den Bezirken eine personelle Unterbesetzung. Das ist seit Langem bekannt und deswegen kann eine Reihe gesetzlicher Leistungen, die die Bürgerinnen und Bürger erwarten können, nicht umgesetzt werden. Da muss man jetzt abwarten, ob es hier wirklich Bewegung gibt.

Damit sind wir aber schon bei einem ganz wichtigen Punkt. Selbstverständlich muss das Angebot an bezahlbaren Wohnungen in den Gebieten, in denen sich dieses Problem dramatisch zuspitzt, verbessert werden. Das ist völlig unstrittig. Aber

das, Herr Kerstan, worüber wir auch reden müssen, sind die kleineren begleitenden Maßnahmen. Auch die sind im Wohnungsbauentwicklungsplan aufgelistet. Darauf kann man sich beziehen. Ich mache das gern, das ist überhaupt nicht der Punkt. Aber die Frage ist, ob wir sowohl eine neue Qualität im Wohnungsbau hinbekommen als auch Bewegung bei den Rahmenbedingungen sehen. Dazu gehört auch die Soziale Erhaltungsverordnung. Da ist jetzt etwas angestoßen worden, umgesetzt worden ist es noch nicht. In den Bereichen, die ich überblicken kann, besteht jedenfalls die Gefahr, dass es zu beschleunigten Umwandlungsprozessen kommt, weil die möglichen Konsequenzen der Verordnung nicht ausreichend bedacht worden sind.

Dann geht es um Leerstände und um Zweckentfremdung, aber es geht eben auch darum, was man in einem Fall wie der GAGFAH macht, wo 10 000 Wohnungen offensichtlich in einem ganz miserablen Zustand sind. Ab wann muss die Politik in solch einem Fall eingreifen? Insofern muss betont werden, dass wir hier einen breiteren Zugang brauchen. Das haben wir auch x-mal diskutiert. Der Neubau ist wichtig, aber wir müssen auch die kleinen Stellschrauben bedienen. Und man kann nur hoffen, dass da wirklich auch etwas vorgelegt wird.

Ich will noch einen weiteren Punkt aufgreifen, der in der letzten Legislaturperiode ebenfalls in der Diskussion stand. Ich sehe es auch so, dass die Wohnungswirtschaft entgegen aller Unkenrufe bereit ist, auch beim preiswerten Wohnungsbau mitzumachen; das ist jedenfalls meine Erfahrung aus Gesprächen. Und man kann – zumindest für 15 oder 17 Jahre – preiswerte Wohnungen mit einer Nettokaltmiete von jetzt 5,80 Euro bauen, wenn die Förderinstrumente stimmen. Dann sind Investoren auch bereit, das zu machen; natürlich muss da noch einiges dazukommen. Die entscheidende Frage ist, ob wir genügend Finanzreserven mobilisieren können, um hier voranzukommen. Gibt es eine entsprechende Unterstützung bei der Flächenpolitik? Kann man bestimmte Projekte noch umbauen?

Deswegen ist unsere Fraktion skeptisch, ob sich das Verhältnis von 2000 preiswerten zu 4000 anderen Wohnungen auf Dauer realisieren lässt. Wichtig wäre jedenfalls, dass wir alle Stellschrauben bewegen und – Herr Hamann, lassen Sie uns das wirklich im Ausschuss demnächst klären – zusammen mit allen Fraktionen eine Initiative zur Begrenzung der Mietsteigerung auf Bundesebene hinbekommen. Die haben wir damit noch nicht durchgesetzt, aber das ist ein ganz wichtiger Schritt nach vorn.

(Beifall bei der LINKEN)